



# 2. Kommunalpolitischer Bundeskongress

## Dokumentation

18.-19. Juni 2010

Berlin, 12.7.2010

## **2. Kommunalpolitischer Bundeskongress 18./19. Juni in der Heinrich Böll Stiftung**

Nach dem ersten kommunalpolitischen Bundeskongress in Münster mit dem Schwerpunkt auf kommunalen Klimaschutz setzte die Heinrich-Böll-Stiftung im Juni 2010 mit dem 2. kommunalpolitischen Bundeskongress das Angebot eines bundesweiten Austauschs grün-alternativer Kommunalpolitik in Berlin fort. Der Leiter der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung, Dr. Andreas Poltermann erläuterte eingangs den Titel „Auf dem Weg zur grünen kommunalen Mehrheitspartei?“ Er spiegelt einerseits die vergangenen Erfolge der Grünen in den Stadträten und Gemeinden wider, die lange einzig als ökologische Nischenpartei wahrgenommen wurden. Gleichzeitig verweist er in die Zukunft, denn mit dem Erfolg auf kommunaler Ebene steige auch die Verantwortung, umfassende Antworten auf lokale Probleme zu geben.

Städte und Gemeinden sind nicht nur das Zuhause der Bürger und Bürgerinnen, sondern auch Ort zahlreicher politischer Problemstellungen: Kindergärten, Kitas und der ÖPNV – hier geht es direkt um das Leben der Menschen. Deshalb seien Kommunen „Orte der Suche“, wie Poltermann betonte. Doch wo liegt die Vision der grünen Stadt der Zukunft? Diese Frage stand im Zentrum des Kongresses, der zum Ziel hatte, grüne kommunalpolitische Perspektiven zu entwickeln und zu diskutieren. Zugleich ging es dabei auch maßgeblich um eine Definition des politischen Handlungsraums: Die strukturelle und sich dramatisch verschärfende Finanznot der Kommunen – insgesamt 15 Milliarden Euro – bedrohe zunehmend die kommunale Selbstverwaltung.

In ihrem Geleitwort nahm Steffi Lemke, die politische Bundesgeschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen, den Faden auf und unterstrich die Bedeutung kommunaler Politik. Nicht nur für den politischen Erfolg von Bündnis 90/Die Grünen sei es von großer Bedeutung, wie die Partei sich vor Ort präsentiere, sondern ebenso für die Menschen in den Kommunen, die Antworten auf die Probleme ihrer Lebenssituation erwarteten.

Anschließend analysierte Steffi Lemke die kommunale Situation von Bündnis 90/Die Grünen. Anders als auf Bundesebene ginge es hier nicht um Fragen von Koalitionsstrategien. Begriffe wie

Mehrheits- und Volkspartei seien in einer Zeit, in der SPD und CDU den Status von Volksparteien auf lokaler Ebene längst eingebüßt haben, bereits ohnehin obsoleete Begriffe.

Deshalb müssen praktische Fragen in den Mittelpunkt gestellt werden: Wie geht es mit den Finanzen weiter? Wo kommt der politische Nachwuchs her?

Lemke argumentierte, dass die Verbesserung kommunaler Politik im Mittelpunkt stehen müsse – weniger die Frage, wie Bündnis 90/Die Grünen zu einer Mehrheitspartei werden könne. Sie betonte die Komplexität der kommunalpolitischen Aufgaben und die hohen Anforderungen an Kommunalpolitikerinnen oder Kommunalpolitiker. Denn es gäbe ganz andere Bündnisse und Konstellationen, die in den Kommunen erarbeitet werden müssten. Darüber hinaus seien die Mittel begrenzt und kaum politische Prestige-Projekte vorhanden. Hier komme es auf die kommunalpolitische Kreativität der Grünen an – in der Vergangenheit eine der Stärken der Partei.

Auch wenn die Umfragewerte der Grünen auf Bundesebene anhaltend hoch bei 17-19% lägen, auch wenn allein im Jahr 2009 6.000 neue Mitglieder der Partei beigetreten seien, also eine Steigerung der Mitglieder um 1/5 erfolgte, auch wenn es inzwischen mehr als 8.000 kommunalpolitische Mandate und zahlreiche Erfolge bei allen Wahlen gäbe, rief Steffi Lemke gegen den Übermut auf:

*„Wir sind nicht gewappnet, Mehrheitspartei zu sein. Wir müssen unsere grüne Kommunalpolitik verbessern. Wir müssen Tempo zulegen. Das kann jedoch nicht zentral geleistet werden. Es geht hier um dezentrale Politik – und die entscheidet sich vor Ort. Zuerst brauchen wir mehr fitte Kommunalos. Dann können wir uns über jedes weitere Prozent in den Umfragen freuen. Wir müssen uns fragen, wie wir grüne Politik besser machen können.“*

***Vor dem Ende des lokalen Staates: Städte und Kommunen sind systemrelevant!***

Vortrag: Dr. Gerd Landsberg – Hauptgeschäftsführer und Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Zwar sei strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen nicht neu – doch die aktuelle Höhe des kommunalen Haushaltsdefizits übersteigt die Grenzen der Vorstellbarkeit, erklärte Gerd Landsberg. Kommunale Einnahmen und Ausgaben entwickelten sich schon seit längerer Zeit auseinander und verursachten jährlich steigende Schulden. Die Kommunen geben jährlich 41,6 Milliarden Euro aus. Hier seien Entlastungen nötig. Seiner Einschätzung nach sei daher eine Debatte über unzureichende Sozialsysteme nicht angemessen, schließlich werde bereits mehr als 50% des Staatshaushalts für die soziale Sicherheit ausgegeben – wenn auch nicht immer optimal. Landsberg ergänzte, dass es bei dem Stichwort Entlastungen nicht nur um die finanzielle Seite ginge. Für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort sei die Gestaltungsfähigkeit der Kommunalpolitik entscheidend: „Wer möchte noch kommunalpolitisch aktiv sein, wenn es nur um die Verwaltung des Mangels geht?“

Landsberg plädierte dafür, die Lebensarbeitszeit anzuheben, denn allein ein Jahr mehr Lebensarbeitszeit würde zu ca. 62 Milliarden Euro Einsparungen führen. Zudem sollten Subventionen gekürzt werden und die Staatseinnahmen mit einer Vereinheitlichung der Mehrwertsteuersätze erhöht werden. Laut Landsberg müsse die Einnahmesituation verbessert werden bspw. durch einen höheren Anteil der Kommunen an dem Umsatzsteueraufkommen. Zudem stellt sich die Frage, warum die Kommunen die Rentenvorsorge mitfinanzieren. Landsberg fasste seine Lösungsvorschläge zusammen: „Gewerbsteuer reformieren. Gemeindlichen Umsatzsteueranteil erhöhen. Grundsteuerreform vorantreiben. Aufkommen verbessern. Arbeitsmarktpolitik modernisieren. Kinderbetreuung solide finanzieren.“

Als Landsberg gegen Ende seines Vortrages einen Blick in die ferne Zukunft 2030 wagte, wurde deutlich: Aus seiner Sicht wird – wie er betonte – unabhängig von den jeweiligen politischen Mehrheitsverhältnissen die Stadt der Zukunft eine Klimastadt sein und „wer als Kommune geschickt den Klimaschutz umsetzt, wird der Goldgräber sein.“

Als weitere Elemente der Stadt 2030 nannte er die „Smart City“ und „E-Mobile City“. Wer als Kommune z.B. Parkplätze für E-Mobile im Stadtgebiet umsonst anbietet, wird die Elektrisierung des Fahrzeugbestands maßgeblich voranbringen. Zu der umweltfreundlichen intelligenten Stadt der Zukunft gehört auch eine ausgebaute IT-Infrastruktur. Als Beispiel nannte Landsberg einen Modellversuch, wo 300 Patienten per Internet ihren Blutdruck übermitteln können, um zeit- und

kostenaufwändige Routineuntersuchungen zu vermeiden. Aber auch intelligente Verkehrsleitsysteme gehören hierzu.

Landsberg erweiterte seine Vision 2030 durch zahlreiche weitere Punkte, darunter: Die Stadt muss eine „Bildungs-City“ sein, eine „Transparenz-City“, denn heute wissen viele Bürger nicht, wie Kommunen ihre Leistungen überhaupt finanzieren. Ein Instrument ist hierbei der Bürgerhaushalt. Zum Beispiel müssten Diskussionen über ein neues Schwimmbad vor dem jeweiligen finanziellen Hintergrund geführt werden.

#### **Podiumsdiskussion: Kommunale Finanzen – wie geht's weiter?**

Dr. Manfred Busch – Kämmerer der Stadt Bochum

Britta Haßelmann – MdB, kommunalpolitische Sprecherin von Bündnis 90 /Die Grünen

Prof. Dr. Martin Junkernheinrich – Technische Universität Kaiserslautern

Dr. Gerd Landsberg – Hauptgeschäftsführer und Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Moderation: Wolfgang Pohl – Referent Kommunalpolitische Infothek, Heinrich-Böll-Stiftung

*Die Podiumsdiskussion begann mit der Einblendung der ARD-Reportage aus dem Wirtschaftsmagazin PlusMinus: **Verschuldete Kommunen: Wie Gemeinden aus den roten Zahlen kommen.** Düsseldorf und Dresden sind schuldenfrei. Beispiele von Kommunen werden gezeigt, die Einsparungen erfolgreich umgesetzt haben. Neue Modelle der kommunalen Selbstverwaltung und Konzepte mit Sparpotenzial werden vorgestellt.*

*Link zur Sendung (ard-mediathek lässt ihre Sendungen mind. 6 Monate online)*

*[<http://www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/3517136?documentId=4658606>]*

Dr. Manfred Busch stellt zu Beginn der Diskussion kurz die aktuelle Situation der Stadt Bochum vor. Die Stadt trägt ein 180 Mio. Euro Defizit mit sich (trotz diverser Haushaltssicherungskonzepten seit dem Jahr 2000). In Bochum sind es zu einem wesentlichen Teil die Soziallasten die das jährlich Budget belasten, Doch mit 466, die Stadt steht vor der Frage, wie dieses Defizit abgebaut werden kann. Laut Busch müsste zum Beispiel die Gewerbesteuer auf breitere Fundamente gestellt werden.

Auf Herrn Landsberg Appell in Richtung verstärktes bürgerschaftliches Engagement reagierte Busch skeptisch: Bürgerschaftliches Engagement könne nicht ohne Weiteres genutzt werden, um finanzielle Defizite abzubauen. So könne z.B. die Verantwortung für ein Schwimmbad mit den entsprechenden Aufsichtspflichten nicht einfach auf die Bürger abgewälzt werden, wie es in dem Filmbeitrag als Beispiel präsentiert wurde. Dies gelte in ähnlicher Weise für die Kosteneinsparungen durch interkommunale Zusammenarbeit. Auch wenn solche Kooperationen nützlich seien, eignen sie sich nicht als wirksames Instrument gegen ein 180 Millionen Euro Defizit.

Gerd Landsberg unterstrich die Bedeutung der Soziallast in wirtschaftlich schwachen Kommunen. Hier kumulieren sich eine hohe Arbeitslosenquote und geringe Steuereinnahmen zu kaum überwindbaren, finanziellen Schwierigkeiten für die Kommunen.

Nicht kommunales Tafelsilber, sondern einziges Essbesteck.

Die in dem Filmbeitrag gezeigten Beispiele der kommunalen Entschuldung mithilfe von Privatisierungen müssten sehr vorsichtig bewertet werden, mahnte Landsberg. Denn was allgemein als das „Tafelsilber der Kommunen“ bezeichnet werde, sei in Wahrheit deren vitales und einziges Essbesteck. In die gleiche Richtung argumentierte Prof. Dr. Martin Junkernheinrich: „Vermögensveräußerungen helfen nicht gegen strukturelle Defizite.“ Personalabbau und bürgerschaftliches Engagement helfen nicht dabei, die hohen Soziallasten abzufedern. Vielmehr müssen die Probleme auf mehrere Schultern verlagert werden. Bei 30-40 von Junkernheinrich ausgemachten Krisenkommunen (wo die Kassenkredite enorm hoch sind), kämen die Kommunen nicht an „sehr unangenehmen Einsparungen vorbei“. Diese sollten jedoch nicht ohne den Bürger durchgesetzt werden: „Der Bürger als Akteur muss anders mit einbezogen werden.“

*Wolfgang Pohl: Sind Sozialleistungen Bundessache? Warum zahlen die Kommunen? Liegt der Schlüssel für die kommunalen Probleme beim Bund?*

Britta Haßelmann machte deutlich, dass die Lösung der finanziellen Engpässe beim Bund und bei den Ländern läge, so sei z.B. das Kooperationsverbot der Föderalismusreform I falsch gewesen. Auch bei der Föderalismusreform II sei die Forderung von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt worden, die Finanzbeziehungen nicht nur zwischen Bund und Ländern, sondern auch jene mit den

Kommunen neu zu regeln. Dies sei mit Verweis darauf, dass die Kommunen verfassungsgemäß von den Ländern abgeleitete Gebietskörperschaften sind – abgelehnt worden. Aus Haßelmanns Sicht gehe die derzeitige Diskussion über die Abschaffung der Gewerbesteuer zugunsten der Körperschaftssteuer am Kern des Problems vorbei. Diese sei viel konjunkturanfälliger als die Gewerbesteuer. Kommunale Hebesätze auf die Einkommensteuer feuerten darüber hinaus den Wettbewerb zwischen den Kommunen an – ohne die ausfallenden Gewerbesteuereinnahmen zu kompensieren. Gerd Landsberg stimmte Haßelmann zu: Die Verfassung müsse dahingehend reformiert werden, dass Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen möglich werden. Dabei müssen die Aufgaben und die Ausgabenverteilung zwischen Bund und Gemeinden neu verteilt werden. Martin Junkernheinrich verwies ebenfalls auf die Notwendigkeit einer aufgabengerechten Finanzausstattung der Kommunen, z.B. bei der Finanzierung der Soziallasten. Für strukturell überschuldete Kommunen seien zudem einmalige Finanzhilfen nötig, um die Grundlage für selbstständiges Wirtschaften wieder herzustellen. Um die Zinsbelastungen zu begrenzen, schlug Landsberg eine längerfristige Lösung unter Einbeziehung der KfW vor.

Auch Manfred Busch brachte zum Ausdruck, dass der Bund eine wichtige Rolle für die Kommunalpolitik spielen müsse. Bislang mussten die Kommunen einspringen, wenn Gelder vom Bund gekürzt wurden. So seien z.B. anfänglich 33% der Unterbringungskosten vom Bund aufgebracht worden; jetzt jedoch nur noch 23%. Dies führe dazu, dass kommunale Sparmaßnahmen de facto nicht wirken könnten und zum Misserfolg verdammt seien.

Die Diskutanten und Diskutantinnen waren sich einig: Es besteht ein akuter Handlungsbedarf bezüglich der Finanzsituation der Kommunen.

Britta Haßelmann machte deutlich, dass das Sparpaket noch zusätzlich die finanziellen Engpässe der Kommunen verschärfen werde: Die Rentenbeiträge für ALGII werden gekürzt, der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wird gestrichen und die Städtebaufördermittel gesenkt. Eine zusätzliche Belastung für die Situation der Kommunalfinanzen, die bereits durch die Wirtschafts- und Finanzkrise, u.a. durch gesunkene Gewerbesteuereinnahmen, verschlechtert wurde. Die Steuersenkungsbeschlüsse des Bundes wirkten sich auf die Kommunen mit ca. 6,5 Milliarden Euro aus. Angesichts dieser Situation auf Ehrenamt zu bauen, ist aus Haßelmanns Sicht nicht zielführend, denn „Wir regeln die Probleme der Gemeinden und Städte nicht durch ehrenamtliches Engagement.“ Vielmehr sei ein „Paket von Maßnahmen“ nötig.



Busch identifizierte derzeit ein Gelegenheitsfenster für eine grundsätzliche politische Debatte auf kommunaler Ebene. Konzepte wie „Privat vor Staat“ seien in den letzten Jahre gegen die Wand gelaufen. Auch hinsichtlich interkommunaler Kooperationen gäbe es mittlerweile sehr durchwachsene Erfahrungen, doch stets werden sie als „Highlight“ gepriesen. Jetzt müsse es eine Diskussion über Steuererhöhungen geben. Es müsse gefragt werden: „Welche Leistungen brauchen wir und was wollen wir dafür zahlen?“ Im Publikum wurde die Frage gestellt, weshalb der Effizienz der Maßnahmen zur Arbeitsmarktreintegration nicht mehr Beachtung geschenkt werde – schließlich hängten über 50% der Sozialausgaben damit zusammen. Britta Haßelmann stimmte später zu: „Effizienz- und Arbeitsmarktprogramme sind oftmals nicht nachhaltig und beinhalteten oftmals keine nachhaltige Verbesserung der Betroffenen.“

Die ebenfalls im Auditorium sitzende Franziska Eichstädt-Bohlig (B'90/Grüne) argumentierte, dass die Politikverdrossenheit oft mit Intransparenz zusammenhänge: „Effizienz kommt, wenn man mal die einzelnen Leistungen in Euro und Cent transparent umrechnet.“

Ein weiterer Kommentar aus dem Publikum brachte auf den Punkt, was vielen Anwesenden vor dem Hintergrund der anhaltenden Verletzungen des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, bezahlt!“) seitens Bund und Ländern und der Abwälzung von Kosten auf die kommunale Ebene, die zur strukturellen Unterfinanzierung führt, durch den Kopf ging: „Wo kommt die Geduld der Kommunen her? Wo sind die 3.000 Bürgermeister vor dem Bundestag? Die Kommunen gehen sehr gelassen mit den Problemen um.“

Am Ende der Diskussion brachten die Diskutanten und Diskutantinnen noch einmal zusammenfassend auf den Punkt, wie gehandelt werden sollte. Dr. Manfred Busch schlug vor, die Vermögenssteuer in den Blick zu nehmen (derzeit 2% in D / im OECD-Durchschnitt: 10%). Eine Grundsteuererhöhung hingegen sei ein Irrweg. Britta Haßelmann plädierte indes für eine Vermögensabgabe, da eine Veränderung der Vermögenssteuer durch das entsprechende Verfassungsgerichtsurteil eingeschränkt sei. Zusätzlich solle über die Transformation der Gewerbesteuer in eine kommunale Wirtschaftssteuer nachgedacht werden.



## EIN BLICK ÜBER DEN KIRCHTURM....

Nach dem einleitenden Vortrag und der Podiumsdiskussion zum Thema Kommunalfinzen bot der Kongress im Rahmen des „Blicks über den Kirchturms“ die Möglichkeit von erfolgreichen Projekten zu lernen oder sich über die neuesten Entwicklungen in kommunalen Fachfragen zu informieren. Die Chance, in kleinen Runden und am konkreten Beispiel zu diskutieren, wurde mit großem Interesse aufgenommen.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden sechs verschiedenen Kurzfortbildungen angeboten:

Philipp Tepper von ICLEI verriet Tipps und Tricks zur kommunalen Vergabe mit einem Schwerpunkt auf die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien im Vergabeverfahren.

Gabriele C. Klug, die grüne Kämmerin Stadt Wesel am Rhein bilanzierte die verschiedenen Erfahrungen mit Cross Border Leasing – Geschäften und stellte Kriterien für eine Good Governance in kommunalen Kämmergeien auf.

Dr. Elke Wiechmann präsentierte erstmalig die Ergebnisse des aktualisierten Genderrankings 2010 der Großstädte und diskutierte die daraus folgenden Handlungsempfehlungen auf dem Weg zu einer kommunalpolitischen Geschlechterparität

Mehr zum Update des Genderrankings der Großstädte unter:

[http://www.boell.de/demokratie/geschlechter/feminismus-geschlechterdemokratie-studie\\_zweites\\_genderranking\\_deutscher\\_grossstaedte\\_2010\\_9521.html](http://www.boell.de/demokratie/geschlechter/feminismus-geschlechterdemokratie-studie_zweites_genderranking_deutscher_grossstaedte_2010_9521.html)

Unter dem Titel: Frag' die MdBs – Was steht an für Städte und Gemeinden?

diskutierten Bundespolitikerinnen und –politiker mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik, siehe Kurzbericht weiter unten.

Cornelius Bechtler vom Bildungswerk für Alternative Kommunalpolitik und Jörn Jaath vom Kommunalpolitischen Forum Bündnis 90 / Grüne Berlin (KoPoFo) e. V. stellten das Beispiel des Leipziger Dialogs vor, ein Instrument zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Privatwirtschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Unter dem Titel: Für ein besseres Klima – Strategische Städtepartnerschaften, präsentierten Albert Statz und Charlotte Wohlfarth die Erkenntnisse ihrer Studie, die Möglichkeiten des Know-How-Transfers durch Städtepartnerschaften untersucht.

### **Frag' die MdBs – Was steht an für Städte und Gemeinden?**

Mit: Britta Haßelmann – MdB und Stephan Kühn – MdB

**Drastische Kürzungen für die Städtebauförderung** Zu Beginn der Diskussion stellten Kühn und Haßelmann kurz die gegenwärtige Diskussion der Kommunen dar. Während die Verkehrspolitik der derzeitigen Bundesregierung kaum von Einsparungen eingeschränkt werde, verschärfe das Sparpaket durch umfassende Einsparungen beim CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm. Ab nächstem Jahr stehe nur noch die Hälfte der Mittel zur Verfügung, wodurch der Anreiz für kommunale Projekte stark eingeschränkt werde. Die Städtebaufördermittel wurden dieses Jahr um ca. 305 Millionen Euro halbiert. Anstatt die Städte zukunftsfähig zu machen, wird die „Leerstands-beseitigung nun ausgebremst.“

Die nach wie vor zur Verfügung stehenden KfW-Gelder für die Gebäudesanierung werden indes nicht abgerufen. In der sich anschließenden Diskussion mit den anwesenden Kommunalos wurde diskutiert, wie mit den Situationen auf kommunaler Ebene umgegangen und wie Lösungen gefunden werden können. Dabei wurde erneut auf das Problem verwiesen, dass die Finanzsituation nicht immer transparent sei.

Fortbildung als Aufgabe für die grüne, kommunale Familie

Später machte Britta Haßelmann deutlich, dass es keine Alternative zu dem Modell der Volksvertretung auf kommunaler Ebene gäbe. Doch müssen die Kommunalos mit entsprechenden Weiterbildungen, Informationen und Schulungen unterstützt werden, um die Probleme vernünftig angehen zu können: „Wir müssen den Kommunalos Angebote machen.“

Es wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass die derzeitige Situation eine veritable Herausforderung für eine eventuelle Regierungsübernahme durch B'90/Grüne darstelle: „Was werden wir dann übernehmen? Was werden wir machen, wenn wir uns die desolaten öffentlichen Gebäude ansehen. Was machen wir ohne die Mittel für die Gebäudesanierung?“ Britta Haßelmann wies auf die Bedeutung der öffentlichen Unternehmen hin und forderte, den Einfluss der Kommunalos hier zu stärken, u.a. durch Beteiligungsausschüsse, ein gutes Beispiel sei hier das grünen Beteiligungscontrolling in Bielefeld.

In der Diskussion wurde die Zielkonflikte zwischen Modernisierung und Mietsteigerungen, zwischen Ökologie und Sozialpolitik, angesprochen. Wenn nicht saniert werde, wie u.a. Kühn ausführte, entwickle sich die zweite Miete, also die Energiekosten, zu einer hohen Belastung. Andererseits hätten bei der Umlegung der Sanierungskosten von bis zu 11% auf die Mieten viele Bürger und Bürgerinnen das Nachsehen, da sie sich die Nettomieten nicht mehr leisten könnten.

Dies sei auch bei einer Grundsteuerreform zu bedenken, die ebenfalls durch die Mieten bezahlt wird. Haßelmann forderte in ihrem Schlusskommentar: „Wir wollen bei der Grundsteuer eine ökologische Komponente.“ Aus dem Auditorium kam zudem der Hinweis, dass die energetische Sanierung ein zentrales Anliegen für Kommunen sein müsse, denn oftmals belasteten die Heizkosten in Transfer-Empfänger-Haushalten den kommunalen Haushalt.

Kühn kündigte an, dass es wahrscheinlich bis zur Bundesdelegiertenkonferenz dieses Jahr in Freiburg einen mietrechtlichen Lösungsvorschlag der Bundestagsfraktion geben werde.

**Frauen an die Macht**

*Update 2010 des Genderrankings der deutschen Großstädte und Präsentation der Studie zur Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik*

Mit: Dr. Elke Wiechmann, Autorin der Studie

**Frauenanteil in der Kommunalpolitik stagniert bei 1/3.**

In ihrem Vortrag ging Elke Wiechmann auf zahlreiche Aspekte der gegenwärtigen Gleichstellungssituation in der Kommunalpolitik ein. Wiechmann stellte eingangs fest: „Der Frauenanteil stagniert in den deutschen Großstädten bei 1/3.“ Zudem verlieren Frauen ihren Anteil bei maßgeblichen Positionen. Hingegen legten die durch Frauen besetzten Dezernentinnen-Positionen zwischen 2008-10 zu. Die umfassende Studie erlaube einen detaillierten Blick auf eine sich festfahrende Situation. Bei CDU und SPD sei auf kommunaler Ebene z.B. der Frauenanteil bei Fraktionsvorsitzenden mit durchschnittlich 13% besonders gering. Diese Unterrepräsentanz von Frauen sei allerdings in der FDP noch stärker ausgeprägt. Wiechmann folgerte: „Die FDP ist eine Männerpartei.“ In der Partei werde eine Frauenquote abgelehnt, „weil man den freien Elite-Wettbewerb stärken möchte.“ Elke Wiechmann merkte hierzu an, dass dies im Umkehrschluss impliziere, dass die Frauen derzeit größtenteils minderqualifiziert seien. Die Autorin der Studie stellte das Ranking vor und wagte eine Interpretation. An der Tabellenspitze befinden sich Frankfurt a.M., Stuttgart und München, wo die Hälfte der Dezernenten und Dezernentinnen weiblich ist. In Salzgitter, dem Schlusslicht in Sachen Frauenrepräsentanz, gibt es neben 17% weiblichen Städt:rätinnen keine weiteren Frauen auf der kommunalpolitischen Ebene. Die Stadt Hagen in Nordrhein-Westfalen, hat sich im Ranking seit der letzten Erhebung im Jahr 2008 um ganze 20 Plätze auf Platz 75 (von 79) verschlechtert. **Frauenanteil nach Parteien** Hinsichtlich der Parteien analysierte Wiechmann aus den umfassenden Datensätzen folgende Entwicklungen: „Der SPD gehen die Frauen aus.“ – „Die CDU bleibt auf niedrigem Niveau konstant.“ Wiechmann führte aus, dass eine „Frauenquote“ von vielen Interviewpartnern und –partnerinnen innerhalb der CDU als ein Manko empfunden werde, weil sie die Kompetenzen der Frauen degradieren. Ihrer Meinung nach kommen die Begriffe „Parität“ und „Gerechtigkeit“ hingegen besser an.

## Letzte Ausfahrt: Paritätsgesetz?

Laut Wiechmann steht in Deutschland an, was in Frankreich bereits umgesetzt wurde: Das Paritätsgesetz. In der französischen Nationalversammlung wurde ein entsprechendes Gesetz mit Ausnahme der eigenen Institution beschlossen. Von 1995 bis 2008 stieg in der Folge der Frauenanteil in den Kommunalparlamenten von 25,7% auf 48,5%. Dass sich die Situation ohne Verordnungen verbessern könne, wurde von Wiechmann bestritten: „Goodwill scheint nicht zu funktionieren.“

## STADTPOLITISCHES THEATERSTÜCK

Ein krönender Abschluss des ersten Tages gelang mit dem Gastspiel des Theaterstücks „**Die Klinik für deutsche Städte**“ von Katja Hensel.

Auf ironische Weise thematisierte das Stück stadtpolitische Themen, die auch den Kongress prägten. In der „Klinik“ werden chronische Erkrankungen und temporäre Befindlichkeiten von Städten und Kommunen in Deutschland diagnostiziert: Schrumpfung, wirtschaftlicher Niedergang, Suburbanisierung und Flächenwachstum uvm.

ABB: Theater teaser

Link: Youtube <http://www.youtube.com/watch?v=28qJG8hT3ME>

Die Klinik auf Facebook: <http://www.facebook.com/posted.php?id=330643463873>



**Die Klinik für deutsche Städte**

Ein Theaterstück von Katja Hensel

Ein Theaterstück über Rezepte und Rückschläge der nachhaltigen Stadtentwicklung.

von und mit: Mit: Christian Aumer (Hamburg), Christian Dieterle (Bremerhaven), Annick Klug/Joanna Praml (Köthen), Jörg Petzold (Wolfen), Sanne Schnapp, (Leipzig), Micha Stobbe (Halberstadt), Anne Weinknecht (Bitterfeld), Barbara Wurster (Duisburg) und Katja Hensel (Stadt ? – Diagnose Demenz).

Kontakt: Katja Hensel, [katja\\_hensel@gmx.de](mailto:katja_hensel@gmx.de), 030/44328332

Zweiter Kongresstag: Samstag, 19. Juni 2010

Inputvortrag:

**Lokal, Grün, Erfolgreich – auf dem Weg zur grünen kommunalen Mehrheitspartei?**

Renate Künast – MdB, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90 / Die Grünen

Moderation: Dr. Andreas Poltermann – Heinrich Böll Stiftung

Die Fraktionsvorsitzende von B'90/Grüne Renate Künast rief auf, anstelle des Begriffs der Mehrheitspartei den Begriff der Volkspartei zu verwenden und ihm eine grüne Interpretation zu geben. Dabei spiele die Kommunalpolitik eine zentrale Rolle. Hier liege seit Beginn eine der grünen Wurzeln, wie Künast ausführte und erinnerte an den Aufruf „Jetzt gestalten wir unsere Stadt selber.“ aus der Gründungszeit der Grünen. Zudem habe die Kommunalpolitik der Bundespolitik vorgemacht, „wie es zweistellig wird.“ Dazu gehöre auch der Mut, ideologische Gräben zu überwinden. Nun geht es darum, neben der Zweistelligkeit auch noch eine „2“ den Wahlergebnissen voranzustellen, was bereits von Stuttgart und anderen ländlichen Gegenden in Baden-Württemberg mit Ergebnissen bis zu 30% vorgemacht wird. Damit ändert sich nun die Rolle der Partei: „Die Grünen mischen nicht nur mit, sondern nehmen verstärkt Gesamtverantwortung an.“

Anstatt, wie bislang von SPD und CDU vorgemacht, als Volkspartei möglichst viele Klientelinteressen und Gesellschaftsgruppen zu vertreten, geht es bei dem von Künast vorgeschlagenen Begriff einer grünen Volkspartei um ein umfassendes gesamtgesellschaftliches Projekt: „Es geht nicht um die sektorale Interessenvertretung, sondern um das Bauen unserer Zukunft.“ Es handele sich um einen neuen Begriff von Volkspartei, bei dem das ganze Volk angesprochen ist.

### **Eine Volkspartei mit Verantwortung fürs Ganze**

„Wir werden Volkspartei, indem wir aus der wertegeleiteten Schicht heraus Verantwortung für das Ganze übernehmen. Die alte Volkspartei hat aus der Addition von sektoralen Interessen ihren Status kreiert. Wir übernehmen als Grüne die Verantwortung für das Ganze, global und intergenerational. Wir sind die Partei des Allgemeinwohls. Uns geht es darum, dieses zu organisieren.“

Dabei falle der Mitte der Gesellschaft eine tragende Rolle zu. Doch diese hat sich seit 1989 verschoben. Künast führte aus, dass die Mitte der Gesellschaft nicht nur eine bestimmte Einkommensschicht umfasse: „Auch Unterbezahlte und Arbeitslose können zu dieser ethosgeprägten Mittelschicht gehören“ – ebenso, wie neue moderne Unternehmerinnen und Unternehmer, die Grün wählten; während die traditionell geprägte Unternehmerschaft nach wie vor die Freiheit vom Staat möchte.

In ihrem Vortrag stellte Künast die Entwicklung der grünen Partei von einem kritischen „So-Nicht“ hin zu einer positiven Vision dar, die den Weg zur grünen Stadt als einen Teil der grünen Transformation beinhalte. Dabei gehe mit den steigenden Wahlergebnissen auch mehr Verantwortung einher. Als Mehrheitspartei können sich die Grünen nicht mehr der Verantwortung durch Verweis auf die Mehrheitsverhältnisse, also auf die Mehrheit der anderen Parteien, entziehen.



Dies bedeute auch, eine nachhaltige neue Generation von Städten zu entwickeln. Dafür müsse der Diskurs geführt werden, wie „wir leben, arbeiten, transportieren und produzieren werden im 21. Jahrhundert. „Wie werden wir in 20-30 Jahren in den Städten leben wollen?“

### **Wie sollen die Städte der Zukunft aussehen?“**

Zu den Bausteinen einer umfassenden Vision, die sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umschließt, gehöre es unter anderem, nicht auf Kosten Anderer zu leben, Wasser, Bildung und Wirtschaft neu zu organisieren und einen Begriff von „Green Good Governance“ zu entwickeln. Die Art des Sich-Selber-Regierens müsse neu definiert werden. Künast plädierte dafür, mehr Transparenz in den politischen Prozess zu integrieren und anders im politischen Prozess miteinander zu kommunizieren. So sollten z.B. alle Interessenvertreterinnen und –vertreter an runden Tischen versammelt werden, damit offen die jeweiligen Prioritäten diskutiert werden und am Ende gemeinsame, offene und transparente Entscheidungen getroffen werden. Renate Künast sieht diese umfassende Diskussion über die Aufgaben des Gemeinwesens und seiner Zukunft als maßgebliche Rolle der Grünen – für die gilt:

„Wir sind auf dem Weg zu einer grünen kommunalen Volkspartei.“

Panel

#### **Klimagerechter Städtebau für alle?**

Sabine Müller - Karlsruher Institut für Technologie, SMAQ Architektur

Iris Behr – Institut Wohnen und Umwelt Darmstadt

Marlis Bredehorst – Dezernentin Soziales, Integration, Umwelt, Stadt Köln

Moderation: Ulf Sieberg – Referent für Klimapolitik, BUND

Müller stellte in ihrem Inputvortrag vor, wie verschiedene Elemente für die klimaneutrale Stadt der Zukunft verwendet und verbunden werden könnten. Dabei sei die Wechselwirkungen zwischen Stadt und Umwelt eine entscheidende Größe. Je nach Situation komme es darauf an, die unterschiedlichen Städte den sich wandelnden Umweltbedingungen anzupassen. Am Beispiel Dubai zeigte Müller, wie z.B. der Wind gezielt für eine städtebauliche Klimatechnik genutzt werden könne.

Doch was beim Neubau eines Stadtviertel im reichen Dubai funktioniere, gelte nicht ohne Weiteres auch für Europa, woes vor allem darum gehe den Gebäudebestand zu sanieren: „Klima kann lokal modifiziert werden, je nach Bau der Stadt. Doch dies ist auf unsere gewachsenen Städte kaum anzuwenden.“

Müller verteilte zum Abschluss ihres Impulsvortrags eine Reihe von städtebaulichen Konzeptideen. Zur Nachahmung empfahl sie die Schwarzwasser-Verwertung zur regenerativen Energiegewinnung, dezentrale Versickerungsanlagen, die als öffentliche Räume auch in die Innenstädte integriert werden könnten. Weiterhin schlug sie eine stärkere Beachtung der performativen Eigenschaften von Vegetation vor, als kühlende Elemente, die auch eine als Erholungsflächen eine spirituelle und als öffentliche Räume und Treffpunkte eine soziale Funktion haben. Ein besonderes Augenmerk verdiene die Dichte der europäischen Städte in Müllers Konzept: eine effiziente Bodennutzung, kurze Wege und eine dichte Bebauungsstruktur, die auch Schutz vor Klimaeinwirkungen biete.

Vor diesem Hintergrund plädierte Müller für städtebauliche Neubaukonzepte für bisher ungenutzter, doch zentral gelegene Grundstücke, wie bspw. Freiflächen an Autobahnzubringern. Ulf Sieberg stellte die Frage, wie mehr Grün im Stadtgebiet mit mehr Dichte anderer Nutzungen, bspw. Wohnen und Gewerbe zusammen gehe, was Müller mit Verweis darauf beantwortete, dass solche Konflikte jeweils situativ verhandelt werden müssten. In jedem Fall anwendbar seien unterschiedliche Formen des Fassadengrüns, das keinerlei Einschränkung für die Flächennutzung mit sich bringe.

### Öffentlicher Raum mit ökologischer Komponente

Müller sieht in der Stadt der Zukunft eine starke Verschränkung von sozialem Leben und Ökologie: „Der öffentliche Raum bekommt mit Grünflächengestaltung eine ökologische Funktion.“ Dies veranschaulichte sie mit dem Entwurf eines Stadtplatzes mit einem öffentlicher Brunnen, der als innerstädtische Versickerungs- und Wasserstauraum fungiert.

## **Köln will von Frankfurts Klimaschutzkonzept lernen**

Marlis Bredehorst begann ihren Vortrag mit einem klaren Statement: Köln ist kein Vorreiter im Klimaschutz – verglichen mit anderen Städten wie München, Frankfurt und Hannover. Deshalb nahm sie sich der Frage an, welche Strategien möglich sind, wenn eine Stadt jahrelang wichtige Schritte verpasst hat. Nachdem sie die dennoch vorhandenen Klimaschutzprojekte in Köln vorgestellt hatte, adressierte sie die Bundesebene und zog diese so in die Mitverantwortung: „Nur Bundes- und Landesprogramme helfen, dass wir in den Städten im Gebäudebestand flächendeckend sanieren.“ In Köln fehle zudem ein „umfassendes Klimaschutzkonzept und gebündelte Aktivitäten.“ Doch daran werde derzeit gebastelt, wie Bredehorst betonte. Frankfurt habe bereits ein sehr gutes Klimaschutzkonzept – „davon kann man abschreiben“. Ohne eine CO<sub>2</sub>-Bilanz werde jedoch auch hiermit nicht viel erreicht werden, denn sonst „können wir 20-30% CO<sub>2</sub>-Minderung nicht hinbekommen“.

Um dem Dilemma zwischen Umwelt- und Sozialpolitik durch energetische Gebäudesanierung zu entgehen, schlug Bredehorst u.a. eine umfassende Energieberatung in sozialschwachen Quartieren vor. Für Bredehorst ist die Klimastadt ein umfassendes Projekt. Deshalb geht es ihr um Dialog. Wie in dem Vortrag von Renate Künast, betonte Bredehorst die Bedeutung von Partizipation als Instrument für die Transformation: „Es geht um die Einbindung der Stadtgesellschaft. Wir machen Arbeitsrunden, um alle an einen Tisch zu bekommen. Wir wollen einen ökologischen Aufbruch in Köln organisieren, wo alle mitmachen. Klimaschutz muss in die Stadtgesellschaft implementiert werden.“

## **Implementieren vor neu regeln**

Iris Behr stellte in ihrem Vortrag vor, was klimagerechter Städtebau ist, was seine Leitbilder sind und welche Rahmenbedingungen er erfordert. Zu den Leitbildern grünen Städtebaus gehören: Bunte Vielfalt, Quartiere der kurzen Wege (Arbeit, Schulen, Ärzte etc.), in denen sich sämtliche Komponenten von Leben und Arbeit im Quartier befinden und fußläufig erreichbar sind. Behr machte deutlich, dass für Klimaschutz und Klimaanpassung eine integrierte Stadtteilentwicklung nötig sei, die auch für einkommensschwache Quartiere von wichtiger Bedeutung sei.

Eines der maßgeblichen gegenwärtigen Probleme sah Behr in der Implementierung bereits getroffener Entscheidungen: „Vor neuen Regelungen muss erstmal der Vollzug gestärkt werden.“ Doch durch und mit wem kann der Vollzug gestärkt werden?

Behr plädierte für eine stärkere Einbindung bürgerschaftlichen Erfahrungswissens sowie für neue Partnerschaften. So machten sich schon heute einige Wohnungsunternehmen das Wissen der Mieterschaft zu Nutzen, indem diese bei der Verwaltung von Wohnungsunternehmen mit einbezogen werden.

Doch für eine solche Einbindung müssten entsprechende personelle Ressourcen der Kommune zur Verfügung stehen: „Wir können uns hier nicht tot sparen. Wir brauchen kompetentes Personal.“ Nur dann können gesetzliche Rahmenbedingungen, wie Stellplatzsatzungen, Baumschutz und Gebührensatzungen gemeinsam mit allen Parteien angeschaut und mit den Bürgern diskutiert werden. Dafür komme es darauf an, entsprechende Strukturen zu schaffen, um die Expertise sinnvoll einfließen zu lassen.

### **Die Stadt als Vermittlerin**

In der sich anschließenden Diskussion ging es vor allem um Wege, die verschiedenen Akteure zusammenzubringen. Bredehorst betonte, dass es darum gehe, die Rolle der Stadt in diesem Prozess zu definieren: „Die Stadt als Vermittlerin zwischen verschiedenen Akteuren.“ Im Auditorium kam darüber hinausgehend die Frage auf, wie Frauen, Migrantinnen und Migranten und alleinerziehende Mütter stärker integriert werden könnten. Bredehorst stimmte der Bedeutung der Frage zu und ergänzte, dass auch politikferne Schichten in die Bürgerpartizipation einbezogen werden könnten.

Ein weiteres Thema war die Sozialverträglichkeit der energetischen Gebäudesanierung selbst. Müller machte hier deutlich, dass ein wichtiger Hebel hier die Verlängerung von Amortisationsraten bei Investitionen in Gebäude und Stadtteile sei - nach dem Vorbild des Olivenanbaus, bei dem die gegenwärtige Generation Olivenhaine anlege, die frühestens die nachfolgende Generation

ernten könne. Wie jedoch in einem auf schnelle Profite ausgelegten Baugewerbe eine langfristige Betrachtung in den Vordergrund gestellt werden kann, blieb vorerst ungeklärt.

Aus dem Auditorium kam der Vorschlag, durch eine Energiebesteuerung stärkere Anreize für Sanierungen zu schaffen. Auch die bis zu 25 Jahre andauernden Modernisierungszyklen bei Wohnungsgesellschaften würden die ökologische Transformation verlangsamen.

Diese langen Investitionszyklen im Immobiliensektor verdeutlichen, wie wichtig es ist bei heute anfallenden Modernisierungsarbeiten die ökologische Komponente zu integrieren [Anm. der Red.], da sich mit jeder konventionellen Modernisierung, die Gelegenheit für eine ökologische Sanierung um etwa 25 Jahre verzögert.

Unterschiedliche Konzepte wurden diskutiert. So schlug Bredehorst u.a. eine „Klimaschutzprüfung bei jedem Bebauungsplan“ (Klimaschutz-Siegel) vor. Aus ihrer Sicht müssen wir „zu zwingenden Verfahren kommen“. Dabei ist „unser größtes Problem der Altbaubestand. Wie kommen wir hier ran?“

### ***Wie sähe also sieht die Stadt 2050 aus?***

Das Podium hatte hierauf verschiedene Antworten. Sabine Müller mahnte die Veränderlichkeit der Perspektiven an: „Bis dahin haben wir andere Probleme. Visionen für die Zukunft helfen einem nur im Jetzt. Wir brauchen die Visionen, um im Jetzt zu handeln.“ Iris Behr entwickelte eine Vision: „2050 wird es mehr Gender- und Klimagerechtigkeit geben.“

Panel

#### **Kommunale Dienste in kommunaler Hand?**

Jens Libbe – Deutsches Institut für Urbanistik, Arbeitsbereich Mobilität und Infrastruktur

Karin Opphard – Geschäftsführerin des Verband kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung im VKU

Dr. Petra Warnecke – Mitglied der Geschäftsleitung / Leiterin Kommunikation, Marketing, Politik, Veolia Wasser GmbH

Moderation: Felicitas Kubala – MdA , Vorsitzende des Bildungswerk BiWAK e.V.

Zu Beginn des Panels führte Felicitas Kubala in das Thema ein: Die Privatisierungen kommunaler Dienste habe im Großen und Ganzen nicht zu den erhofften Preissenkungen sondern zu Resignation geführt: „Heute beobachten wir eine Privatisierungsverdrossenheit.“ Die Fragen der Daseinsvorsorge bleiben indes ein Spannungsfeld. Deshalb müsse geklärt werden, was die Privaten und was die Öffentlichen jeweils besser können. Wenn B'90/Grüne zunehmend zur kommunalen Mehrheitspartei werden, müssten Konzepte für eine grüne Daseinsvorsorge vorhanden sein.

### **Rückkehr des Öffentlichen**

Jens Libbe diskutierte die sei ca. drei Jahren zu beobachtende „Rückkehr des Kommunalen“, wie es auch in den Medien allgemein um die „Rückkehr des Öffentlichen“ gehe. Mit einem Zitat aus der Süddeutschen Zeitung begann er seine Ausführungen zur Rekommunalisierung: „Das Privatisierungsspendel schlägt zurück“ Der Trend sei unter anderem durch die Diskussionen über die Rekommunalisierung im Zuge der Projekte „Hamburg Energie“, Thüga/Integra/Kom9 befeuert worden. Es gehe dabei, um einen vielschichtigen Prozess, zu dem sowohl das Wiederaufgreifen von Aufgaben durch Verwaltungsträgerinnen und -träger gehört, wie auch die „Neugründung von Eigengesellschaften zum Aufgreifen von Aufgaben“, das mit einer Rückübertragung operativer Dienstleistungen einhergehe. Zugleich ist mit Rekommunalisierung jedoch auch die rechtliche Überführung von Kapitalgesellschaften in öffentlich-rechtliche Organisationsformen benannt – könne sich jedoch auch auf die „Erhöhung des Gesellschaftsanteils an gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen“ beschränken.

### **Kommunal vs. Privat vs. Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP)?**

Die unterschiedlichen Formen der Leistungserbringungen haben laut Libbe zumeist ebenso unterschiedliche Gründe, wie z.B. niedrigere Kosten im operativen Geschäft, regionales Marktversagen (keine Anbieter in ländlichen Regionen < 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern), die Rückgewinnung von politischem Einfluss oder auch die Stärkung des regionalen Arbeitsmarktes. Libbe beobachtet jedoch, dass Rekommunalisierungen vor allem im technischen Bereich anzutreffen, speziell im Abfall- und Energiesektor seien, weniger jedoch im sozialen Bereich, oder z.B. bei Krankenhäusern.

Zumeist handele es sich um eine politische Klärung der Frage, was die Aufgaben der Kommune

sind und welche Aufgaben hingegen in den privaten Bereich fallen. Dabei sei es nicht zwangsläufig der Fall, dass die Kommunen die Leistungen effizienter und preisgünstiger als private Anbieter den Bürgern zur Verfügung stellen könnten. Bei Städten wie Hamburg müssten ca. 450 Beteiligungen verwaltet werden, was die kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -träger vor große Herausforderungen stellt, wenn es um effiziente und preisgünstige Lösungen im Sinne des Gemeinwesensginge.

Petra Warnecke machte bereits zu Beginn klar: „Ich werde nicht das Hohelied der Privatisierung singen.“ Aus Sicht der Veolia Wasser GmbH, einer Aktiengesellschaft im Streubesitz, geht es vor allem um Kooperationen mit den Kommunen, wie Warnecke betonte. Ihr Unternehmen im Bereich Energievertrieb, mit Schwerpunkten auf Kraft-Wärme-Kopplung und Biomasse, könne in Zusammenarbeit mit den Kommunen 150 Jahre alte Erfahrungswerte in die Partnerschaft einbringen, so dass in Zusammenarbeit hohe Leistungen zum geringen Preis angeboten werden könnten. Dabeigelte: „Die hoheitliche Aufgabe bleibt in der Hand der Kommune. Wir brauchen eine starke Kommune als Partner. Deshalb treffen wir Entscheidungen gemeinsam.“

### **Studie zur Abfallwirtschaft: Warum wird rekommunalisiert, warum privatisiert?**

Karin Opphard stellte die mit der hbs zusammen erstellte Studie zu „In- und Outsourcing in der kommunalen Abfallwirtschaft“ vor. Danach gäbe es „auf Ebene der Bundesländer erhebliche Unterschiede, was die Wahrnehmung von Aufgaben der Abfallentsorgung angeht.“ Insgesamt wurde beobachtet, dass es in dem Untersuchungszeitraum insgesamt in 73 Städte organisatorische Veränderungen gegeben habe. Darunter in 49 Fällen „Insourcing“ und in 23 Fällen „Outsourcing“. Wenn jedoch die Anzahl der jeweils betroffenen Einwohner und Einwohnerinnen berücksichtigt wird, überragen Outsourcing und Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) die Insourcing-Fälle.

Opphard lieferte ein differenziertes Bild der Veränderungen im Bereich der Abfallwirtschaft in der jüngsten Vergangenheit. Dabei wurde deutlich, dass die Entscheidungsgründe für Insourcing sich meistens auf folgende Aspekte beziehen: Qualität der Leistung, höhere politische Steuerungsfähigkeit, besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis für die Bürger, Sorge um Oligopole, oder die Erwartung, dass soziale und ökologische Verantwortung in kommunaler Hand besser wahrgenommen werden kann. In öffentlicher Hand entfallen zudem Ausschreibungspflichten. Zum



Teil könne bei der Bereitstellung der Leistungen auf bereits vorhandene Strukturen und Einrichtungen zurückgegriffen werden.

In den Fällen von Outsourcing standen hingegen Kostenvorteile, spezialisiertes Know-How der Privaten, klare Trennung der Zuständigkeiten im Gegensatz zu ÖPP-Formen, Alternativlosigkeit und wirtschaftliche Effizienz im Vordergrund. Im Einzelfall hängt die verfassungsrechtlich gegebene Entscheidung für oder gegen eine private Bereitstellung von öffentlichen Leistungen stets an den spezifischen Rahmenbedingungen, weshalb es kein Allheilmittel gäbe.

### **Für ein politisches Beteiligungsmanagement**

In der sich anschließenden Diskussion ging es u.a. um die Möglichkeiten bei der Beteiligungsverwaltung, die laut Libbe in der Regel bei der Kämmerei angesiedelt sei. Libbe machte deutlich, dass dort jedoch politische Entscheidungen nicht zu genüge mit in die Steuerung einbezogen werden – obwohl es sich hierbei zum Teil um wichtige Stadtentwicklungsfragen handele. Deshalb forderte Libbe: „Politische Beschlüsse müssen in der Beteiligungssteuerung stärker ihren Niederschlag finden.“

### ***Können Verträge zwischen öffentlichen und Privaten transparent und öffentlich sein?***

Petra Warnecke stellte in der zurzeit ebenfalls in Berlin diskutierten Sache zwar fest: „Ich halte es für wichtig, dass Bürger informiert werden.“ Dies betrifft laut ihr aber keine rückwirkenden Veröffentlichungen von Verträgen zwischen Kommunen und privaten Anbietern: „Wenn man von vornherein weiß, dass die Verträge veröffentlicht werden, ist es OK. Aber im Nachhinein gibt es Betriebsgeheimnisse, die nicht veröffentlicht werden sollten.“

Auf die Frage, ob die Öffentlichen überhaupt ohne die Privaten auskämen, sagte Karin Opphard, dass der derzeitige ökologische Standard nur durch die Partnerschaft möglich gewesen sei: „Wir sind in Deutschland so ökologisch, weil wir Private und Öffentliche eingebunden haben.“ Zugleich wies Opphard darauf hin, dass durch die Privatisierungen Oligopole mit großer Marktmacht entstünden. Die Angebote der Privaten wären oft günstiger, weil sich einzelne Firmen nicht an die Beschäftigungstarife halten. Kostenunterschiede entstehen vor allem durch geringere

Personalkosten im privatwirtschaftlichen Bereich (zudem sind Arbeitszeitmodelle schwieriger im kommunalen Bereich durchzusetzen).

Petra Warnecke erklärte ebenfalls, warum private Unternehmer kostengünstiger kommunale Leistungen anbieten können: „Was ist der Mehrwert eines privaten Unternehmens? Drittgeschäft und der flexible Einsatz von Personal.“ Sie sagte jedoch, dass dies nicht zwangsläufig auf Kündigungen hinauslaufe: „Wir haben noch nie in Deutschland betriebsbedingt gekündigt. Aber wir bauen Personal ab.“ Zudem seien die Unternehmen durch ihre Erfahrungen im Vorteil: „Wir setzen moderne Management-Methoden ein, sowie Erfahrungen aus anderen Kommunen und aus anderen Ländern.“ Zusammen mit Kostenersparnissen im Einkauf führt dies zu einem erheblichen Kostenvorteil: „Wir können Einkaufskonditionen verbessern, da wir größer einkaufen. 18-40% Einsparungen sind dadurch möglich.“

Opphard und Libbe unterstrichen, dass die meisten Kommunen nicht ausreichend an Effizienzverbesserungen arbeiten (z.B. würden entsprechende Fortbildungsgelder nicht aufgebracht). Libbe plädierte für eine stärkere Kooperation zwischen den Kommunen: „Wir kommen nicht um eine stärkere interkommunale Kooperation drumherum. Es wird und sollte einen ökonomischen Konzentrationsdruck geben.“ Er sah das Problem kleiner Kommunen in den begrenzten Verhandlungsmöglichkeiten gegenüber großen Unternehmen.

In der Runde wurde diskutiert, ob privatwirtschaftliche Anbieter innovativer seien. Opphard verneinte dies und führte dies auf eine verzerrte öffentliche Wahrnehmung zurück. Die öffentlichen Unternehmen seien oft nicht „so geschickt im Marketing“ und treten dadurch seltener als Innovatoren auf. So wird seitens der Privaten für Neuerungen die nur 1% des Abfalls betreffen, erhebliches Marketing betrieben, wie Opphard ausführte.

Mit großer Offenheit legte Felicitas Kubala dar, dass letztlich der größte Feind von Planungssicherheit und Nachhaltigkeit in den Kommunen die kurzen Zyklen der Politik selbst seien. Damit seien weitreichendes politisches Nachdenken und entsprechende wirtschaftliche Planungen in die ferne Zukunft nicht möglich.

## **Für den Mehrwert für alle stehen keine Pauschallösungen bereit**

„Der Mehrwert für die Bevölkerung steht im Zentrum. Das ist der Leitgedanke. Es gibt keine Pauschallösung.“ Libbe führte am Ende des Panels aus, dass es um die jeweils beste Lösung im Sinne der Kommune ginge. Dabeigelte: „Wir brauchen die Vision der Infrastruktur von morgen.“ Einzelne System müssten stärker integriert werden, so sollte die Abwärme des Abwassers genutzt werden und der Abfalls zur Energiegewinnung.

Vor- und Nachteile verschiedener Organisationsformen (privat vs. öffentlich) wurden in dem Panel lebhaft diskutiert und erörtert. Dabei stellte sich heraus, dass es keine Rezeptlösungen gibt und deshalb in Einzelfällen die besten Lösungen anhand konkreter Parameter erarbeitet werden müssen. Missmanagement und Erfolg tauchen sowohl bei öffentlichen als auch bei privaten Unternehmen der Daseinsvorsorge auf.

### **Die grüne Stadt der Zukunft**

Schlussvision durch Prof. Dr. Franz-Josef Radermacher – Club of Rome, Grüne Akademie

Franz-Josef Radermacher verdeutlichte in seinem Abschlussvortrag, dass Visionen der Stadt durch die Vielzahl von Wechselwirkungen der Stadt mit der globalen Ebene erheblich erschwert würden. Die kommunale und globale Ebene sind miteinander verschränkt, so dass die eine nicht ohne die andere gedacht werden könne. Auf der globalen Ebene stünden wir, nach Franz-Josef Radermacher, vor großen Problemen, wie der Klima- und Finanzkrise, die nicht unter unserer Kontrolle stehen. Dazu gehöre auch das enorme Bevölkerungswachstum der letzten Jahrzehnte; vor 45 Jahren gab es noch 3 Milliarden Menschen auf dem Planeten, heute sind es bereits 7 Mrd. Radermacher argumentierte, dass sogar eine globale Demokratie Probleme wie den Klimawandel nicht unter Kontrolle bringen würde, denn durch die Stimmverteilung wirke diese sich zugunsten der Entwicklungs- und Schwellenländer aus: „Selbst wenn Europa in die Steinzeit zurückkehrt, ist dies CO<sub>2</sub>-irrelevant gegenüber Indien und China.“ Deshalb müsse es um andere Wege gehen: „Wir müssen als Vorbild in eigenem Interesse wirken.“

Auf globaler Ebene würden jährlich an zahlreiche Personen bis zu 100 Millionen Euro Boni verteilt, auf kommunaler Ebene hingegen fehlen 5.000 € für einen Kindergarten. Dies sei ein aus den Fugen geratenes System, das allumfassend ist: Die Hälfte der Kommunen stünden heute unter Landesaufsicht, die Länder unter Bundesaufsicht, Regionen oder Nationen unterstehen dann dem IWF, die Mechanik des Haushaltsrechts ließe nichts anderes zu. Letztlich unterstünde der IWF wahrscheinlich dem U.S. Militär, fügte Radermacher halb-scherzhaft hinzu.

Angesichts dieser Strukturen stelle sich die Frage, wer die Entschuldung bezahlen wird. Sind es die Bürger oder werden die Mittel durch die Steuerung der globalen Prozesse aufgebracht? Radermacher führte aus, dass vor der Krise 20 Fonds 40.000 Milliarden Euro global kontrollierten. Jetzt, nach der Krise, sind es 70 Fonds, die 70.000 Milliarden kontrollieren. Die Gewinne dieser Vermögenskonzentrationen sollten besteuert werden, um wieder Geld in die öffentlichen Kassen zu bekommen: „Wenn wir es schaffen, die Gewinne mit 1 % zu belasten, können wir damit unsere Entschuldung bezahlen.“

„Wir brauchen eine Doppelstrategie.“ – Die beschriebenen Probleme auf globaler Ebene müssten gelöst werden, damit wir die Probleme der Kommunen vor Ort lösen könnten. Beides könne nur zusammen angegangen werden. Dennoch sah Radermacher auf kommunaler Ebene Hoffnung spendende Projekte, wie die 2000 Watt-Gesellschaft (Zürich) und ein bis 2030 klimaneutrales Hessen.

Der Club of Rome stelle verschiedene mögliche, globale Entwicklungspfade auf. Dementsprechend komme es mit 50%iger Wahrscheinlichkeit zu einer Brasilianisierung der Welt, also zur Herausbildung einer globalen Zwei-Klassengesellschaft mit einer kleinen Weltelite. Ein zweiter Pfad sei der ökologische Kollaps, der eine 15%ige Wahrscheinlichkeit hat. Die versöhnlichere Vision einer Globalisierung europäischer Verhältnisse tritt nach dem Club of Rome mit einer Chance von 35% ein.

Letztes setzte eine weltweite Kooperation voraus, in der jedoch die reichen Länder die nur Minderheit darstellten.

Um den Klima- und Finanzproblemen auf globaler und damit zugleich auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken, rief Radermacher dazu auf, Partnerschaften mit den Städten des Südens einzugehen. Zum Beispiel könnte jede Stadt eine Partnerschaft in Südafrika haben, denn „Wir müssen uns für die anderen einsetzen. Coaching und Mentoring ist gefragt. Jede intellektuelle Kapazität ist gefragt.“

Was die Finanzen anbelangt, so verwies Radermacher darauf, dass wir eine Besteuerung der Finanztransaktionen bräuchten, um zur Entschuldung beizutragen: „Bei der MwSt zahlt man bei einer Bewegung von 10.000 Euro 1.900 Euro. Bei der derzeit diskutierten Finanztransaktionssteuer 1 Euro. Es kann nicht sein, dass es hiergegen Widerstand gibt.“

Am Ende seines visionären Vortrages ging Radermacher noch einmal auf die Problematik zwischen globaler und kommunaler Ebene ein: „Wir müssen mehr vor Ort tun, z.B. weniger Steaks, mehr zu Fuß gehen, für Klimaneutralität bezahlen.“ Es gehe darum, die Kommunen als Teil der globalen Problembewältigung zu sehen – gepaart mit „Global Governance.“